

Die NATO nach dem Prager Gipfel

Autor(en): **Perrig, Igor / Wigger, Bernhard**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **169 (2003)**

Heft 1

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-68602>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die NATO nach dem Prager Gipfel

Die Nordatlantische Allianz, die 1949 gegründet worden ist, erlebte ihre erste Phase bis zum Ende des Kalten Krieges als Verteidigungsbündnis. Danach hat sich die NATO während der 1990er-Jahre zusätzlich der Krisenbewältigung angenommen, und zwar hauptsächlich ausserhalb des Bündnisgebiets.

Igor Perrig und Bernhard Wigger

Eine neue NATO

Die neue strategische Konstellation erforderte nicht mehr in erster Linie ein Bündnis zur Verteidigung Westeuropas, sondern eine Organisation der militärischen Krisenbewältigung ausserhalb des Allianzraumes. Die Terrorismusbekämpfung akzentuiert diesen Wandel von der Territorialverteidigung zur militärischen Intervention zusätzlich. Die NATO operiert so immer mehr in der Form von Koalitionen eines Teils der Allianzmitglieder unter Einbezug von nicht dem Bündnis zugehörigen Staaten. Die Kosovo-Operation kann in dieser Hinsicht als Wendepunkt gewertet werden: Im Endergebnis zwar ein Erfolg, so erwies sich die Entscheidung im Konsens aller Allianzmitglieder als ineffiziente Auflage, die für so genannte «Out-of-area»-Einsätze nicht geeignet ist. Neben der politischen Heterogenität verhindert auch der technologische und mentale Graben zwischen den USA und Europa, aber auch zwischen einzelnen europäischen Allianzpartnern militärische Interventionsoperationen der gesamten Allianz. Die NATO wird deshalb künftig wohl treffender als multifunktionale und variable Sicherheitsorganisation denn als Allianz bezeichnet werden müssen.

Die Erweiterung oder die Grenzen Europas

Mit der zweiten Osterweiterung, die sieben Neumitglieder in die Allianz bringt, werden die meisten ehemaligen sowjetischen Satellitenstaaten in die NATO integriert. Mit dieser Erweiterung hat das westliche Bündnis seine östlichen Grenzen weitgehend erreicht. Und auch die EU wird mit ihrer Zehner-Erweiterung im Jahre 2004 eine mit der NATO-Erweiterung fast identische Grenze zwischen Ost und West abstecken, nämlich zwischen einem sich weiter integrierenden Westen und einem wirtschaftlich und demokratisch rückständigen Osten, in dessen Gravitationszentrum Russland steht. Um neue Instabilität zu vermeiden, wird die NATO darum bemüht sein müssen, die europäische Peripherie durch Partnerschaften einzubinden. Den grössten dieser Staaten, der Ukraine und Russland, wird eine Vorzugs-

behandlung gewährt («Special relationship»), die auf Vertrauensbildung abzielt. Der Balkan, der Kaukasus und Zentralasien, deren Staaten grösstenteils Partner der NATO sind, werden die Hauptzielgebiete der künftigen PfP-Arbeit sein.

Die neue NATO wird sich unter dem veränderten Bedrohungsbild vermehrt auch um die an Europa angrenzenden Regionen kümmern müssen. Die Staaten des Nahen Ostens und Nordafrikas sind zwar heute durch den Mittelmeerdialo- lose mit der NATO verbunden; doch ein dramatisches Bevölkerungswachstum und eine hohe Arbeitslosigkeit sind ein zunehmendes Sicherheitsrisiko – insbesondere dann, wenn sich in diesen Staaten radikale und gegen den Westen gerichtete Bewegungen ausbreiten sollten.

Für die Schweiz bedeutet die Erweiterung der NATO und das Näherücken von europahanen Konfliktzonen eine Ausdehnung ihrer strategischen Sicherheitszone. Die aktuellen Bedrohungen erweitern die strategischen Sicherheitsinteressen der Schweiz und rufen nach einem entsprechenden sicherheitspolitischen Engagement. Die Partnerschaft für den Frieden bietet der Schweiz vielfältige Möglichkeiten, einen Beitrag zur Prävention und Bewältigung von solchen europäischen und europahanen Konflikten zu leisten: angefangen von vertrauensbildenden Massnahmen über gezielte materielle und technische Hilfe bis zu friedensunterstützenden Operationen wie im Kosovo, Mazedonien oder Afghanistan.

Antiterrorismus und Transformation der NATO

Der Krieg oder besser die Anstrengungen gegen den Terrorismus haben die Friedensoperationen als bestimmendes Kooperations-thema abgelöst. Die meisten der Initiativen von Prag betreffen Effizienzsteigerungen in den Bereichen Projektion militärischer Gewalt und Schutz gegen die Anwendung von Massenvernichtungswaffen. Bei der Intervention sind vor allem die militärischen Fähigkeiten angesprochen, um global operieren zu können. Die in Prag beschlossenen Fähigkeitsziele fordern die europäischen Allianzpartner, ihre Streitkräfte zu modernisieren; dies sowohl im Lufttransport als auch der sicheren Kommunikation, der Aufklärung sowie des Präzisionsfeuers. Die Speerspitze der glo-

balen Interventionsfähigkeit soll die so genannte «NATO-Response Force» (NRF) sein. Antiterrorismusoperationen vom Typ des Afghanistan-Feldzugs weisen auf eine neue Interpretation des Artikels V der NATO hin. Verteidigung ist nicht mehr gleichbedeutend mit Territorialverteidigung und erfordert neue Fähigkeiten zum Einsatz militärischer Gewalt über weite Distanzen.

Ein zweiter Bereich in der Terrorismusbekämpfung sind die Prävention und der Schutz. Hier sind militärische wie nicht-militärische Mittel vonnöten, und auch neutrale Staaten wie die Schweiz können ihren Beitrag einbringen. Der Prager Gipfel hat einen Aktionsplan gegen den Terrorismus verabschiedet, der eine Plattform bietet, um in einer breiten thematischen Palette von der Finanzkontrolle über zivile Notstandsplanung bis hin zum ABC-Schutz initiativ zu werden. Die Schweiz kann bezüglich Schutz- und Vorsorgemassnahmen auf Erfahrungen ihrer Gesamtverteidigungskonzeption zurückgreifen, den Bevölkerungsschutz einbringen, ihre Fachkompetenz in den Bereichen chemische und biologische Waffen anbieten.

Die Zukunft von PfP

Mit der Erweiterung der Allianz und ihrer Transformation verändert sich auch die Funktion der Partnerschaft für den

Weitere Piranha für die irische Armee

Einen erfolgreichen Vertragsabschluss über 25 weitere Piranha III 8x8 konnte MOWAG Kreuzlingen vergangenen Dezember mit Irland abschliessen. Für das Kreuzlinger Technologieunternehmen stellt dieser Auftrag eine Bestätigung der Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit der gepanzerten PIRANHA-Fahrzeuge dar, handelt es sich doch um die zweite Bestellung der irischen Armee innerhalb von drei Jahren. Im November 1999 durfte MOWAG gegen starke internationale Konkurrenz einen ersten Vertrag mit der irischen Regierung über die Lieferung von 40 PIRANHA IIIH 8x80-Fahrzeugen in den Ausführungen Truppentransporter sowie Kommando-, Ambulanz- und Entspannungsfahrzeug abschliessen. Dieser Vertrag beinhaltete auch eine Optionsklausel für weitere Fahrzeuge der PIRANHA-Familie. Von dieser Möglichkeit hat nun die irische Regierung Gebrauch gemacht. dk
www.mowag.ch

Machbarkeitsstudie für gemeinsames Eurotraining von Militärpiloten

Am 2. Dezember 2002 wurde von Aeromacchi und der italienischen DGAA (Directorate General for Aeronautical Armaments) ein Vertrag über eine Eurotraining-Machbarkeitsstudie zur Ausbildung künftiger Militärpiloten unterzeichnet.

– Aeromacchi handelt im Auftrag eines Konsortiums führender europäischer Luft- und Raumfahrtunternehmen – Dassault Aviation, EADS-CASA, EADS-Deutschland und Saab.

– Die DGAA handelt im Auftrag der Luftstreitkräfte von zwölf europäischen Nationen – Österreich, Belgien, Finnland, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Italien, Holland, Portugal, Spanien, Schweden und **Schweiz**. Ein von den zwölf europäischen Nationen unterzeichnetes Memorandum of Understanding hat die DGAA als so genannte «Executive Agency» auf militärischer Seite bestimmt. Dies teilte die EADS als deutscher und spanischer Konsortialpartner mit.

Ziel der Machbarkeitsstudie ist es, mögliche Lösungen und Lebenswegkosten für ein integriertes europäisches Trainingssystem

zur Schulung fortgeschrittener Kampfflugzeugpiloten zu definieren. Das AEJPT (Advanced European Jet Pilot Training) genannte System soll etwa 2010 eingeführt werden. Die Studie wird alle Aspekte der Ausbildung umfassen, darunter ein neues Trainingsflugzeug, bodengestützte Systeme, Schulungsmethoden, Infrastruktur und die mögliche AEJPT-Einführung.

Ein aus den Konsortialpartnern bestehendes und von einer Vielzahl weiterer europäischer Unternehmen unterstütztes Team führt die etwa ein Jahr dauernde Studie durch. Im Anschluss daran wird eine Definitionsphase folgen.

Vor der Vertragsunterzeichnung fand Ende November bei Dassault Aviation in Paris ein Treffen der Industrie statt. Über 60 Fachleute aus den beteiligten Unternehmen kamen anlässlich des Projektstarts zusammen. Das AEJPT ist ein wichtiger Schritt für die Ausbildung zukünftiger Kampfflugzeugpiloten in Europa und stärkt die Kooperation der europäischen Verteidigungsindustrie. Lä

Frieden (PfP). PfP hatte früher die Aufgaben, die Staaten Ostmitteleuropas in die NATO zu führen sowie den neutralen und anderen Staaten, die dem Bündnis nicht beitreten wollen, als Kooperationsplattform zu dienen. Mit der Erweiterung und der strukturellen Transformation verschiebt sich der Fokus der NATO geografisch weiter an die europäische Peripherie, nämlich nach Russland, der Ukraine, Zentralasien sowie den Kaukasus. Ausserdem rückt auch in der Partnerschaft für den Frieden die Terrorismusbekämpfung thematisch in den Vordergrund.

Das Krisenmanagement bleibt trotz dieser Neuerungen weiterhin ein wichtiger Arbeitsbereich in der euro-atlantischen Sicherheitszusammenarbeit und kann als Teil des Kampfes gegen den Terrorismus verstanden werden, indem in gescheiterten Staaten Stabilität sichergestellt und Wiederaufbauarbeit geleistet werden muss. Ein massgeblicher Teil der täglichen Sicherheitszusammenarbeit wird auch künftig darin bestehen, die Streitkräfte interoperabel zu machen und die Beiträge und Bedürfnisse der einzelnen euro-atlantischen Staaten zu koordinieren. Für die Schweiz bleibt die NATO als Trainingsorganisation im Hinblick auf friedensfördernde Einsätze von zentraler Bedeutung.

Die Partnerschaft für den Frieden ist 2002 einer Überarbeitung unterzogen worden, und das Gipfeltreffen des Euro-atlantischen Partnerschaftsrats hat in Prag ein entsprechendes Papier verabschiedet. Es propagiert in der Hauptsache flexiblere Zusammenarbeitsformen, die dazu dienen sollen, dass sich PfP auf ganz bestimmte

Regionen konzentrieren kann. Das bisherige Geberprofil der Schweiz und der anderen westeuropäischen Partnerstaaten passt ideal in dieses Konzept.

Zudem haben die westeuropäischen Bündnisfreien weiterhin ein Interesse an PfP für eine umfassende Sicherheitskooperation, welche eine dauerhafte Alternative zum Allianzbeitritt bieten soll. Ihre Forderungen nach mehr und umfassenderer Mitsprache sind am Gipfel von Prag erst als Absichtsbekundungen verabschiedet worden. Die vier bündnisfreien EU-Staaten sowie die neutrale Schweiz werden deshalb künftig noch vermehrt als eine Gruppe auftreten müssen, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen.

Wie weiter mit PfP Schweiz?

Wir können die strategischen Ziele, welche die Schweiz durch ihre internationale Kooperation anstrebt, folgendermassen formulieren:

- Mitwirkung am euro-atlantischen Sicherheitssystem
- Verbesserung der Kooperationsfähigkeit (Interoperabilität)
- Ausnutzen von Synergien in Ausbildung und Rüstung
- Entgegnung der asymmetrischen Bedrohung

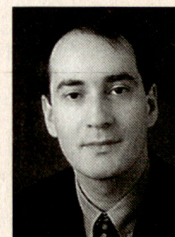
Die bisherige schweizerische PfP-Politik hat vor allem das erste Ziel, das der Mitwirkung, verfolgt, indem die Schweiz Beiträge auf den Gebieten ihrer traditionellen Stärken geleistet hat. Mit den drei Genfer Zentren, einem intensiven Engage-

ment im Bereich der Informationstechnologien sowie direkter materieller Hilfe an einzelne PfP-Staaten hat sich die Schweiz den Ruf eines angesehenen «Net-Contributors» in PfP erworben. Diese auf das Geben konzentrierte Kooperation entspricht der Zielsetzung einer aktiven und solidarischen Neutralitätspolitik. Innenpolitisch genoss diese Haltung breite Zustimmung, da die autonome Verteidigungskonzeption darunter nicht litt.

Die internationale Kooperation, wie sie der sicherheitspolitische Bericht 2000 versteht, verlangt jedoch eine weitergehende Zusammenarbeit, um alle obgenannten strategischen Ziele zu erreichen. Während die Zusammenarbeit in der Ausbildung und der Rüstung in weiten Teilen auch bilateral gehandhabt werden kann, erfordert das Ziel einer umfassenden Interoperabilisierung und die Bekämpfung der asymmetrischen Bedrohung primär einen multilateralen Ansatz. Diese zu intensivierende internationale Kooperation der Schweiz reicht von der Vorbereitung auf grenzüberschreitende subsidiäre Sicherungseinsätze (Beispiel G8-Gipfel in Evian, 2003) über den Schutz und die Abwehr im ABC-Bereich bis hin zur Ausdehnung der Interoperabilitätsziele auf die Existenzsicherung und die Verteidigung.

Weil die NATO auch in den kommenden Jahren die dominante multilaterale Sicherheitsorganisation in Europa bleiben wird, ist die Partnerschaft für den Frieden für die Schweiz auch künftig das primäre Instrument der Umsetzung ihrer kooperativen Sicherheitsstrategie.

Die in diesem Artikel gemachten Aussagen geben ausschliesslich die persönliche Meinung der beiden Autoren wieder. ■



**Igor Perrig, Major,
Nof im Armeestab,
Dr. phil.,
Chef der Sektion PfP
in der Untergruppe
Friedensförderung und
Sicherheitskooperation
im Generalstab.**



**Bernhard Wigger,
Major,
Nof Mob Spit Abt 44,
Dr. phil.,
Chef Analysen und
Studien in der
gleichen Sektion.**